

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstausstätten, Buchbindereien, (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Zeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Reichsfinanzreform u. christliche Gewerkschaften.

Als politisch neutrale Organisation haben wir innerhalb unserer Bewegung, von den Tabakararbeitern, die direkt dabei interessiert, abgesehen, kein Recht, eine rein politische Frage auf ihren sachlichen Inhalt zu prüfen und zu kritisieren. Wie der einzelne Gewerkschaftler als Staatsbürger dazu denkt, ist seine Sache und geht unsere Bewegung nichts an, deren Kompetenzen auf diesem Gebiete nicht liegen. Wenn wir die Frage dennoch hier ansprechen, so geschieht es nur, um die aus Anlaß der Finanzreform von den Gegnern gegen die christlichen Gewerkschaften inszenierte wilde Fehde zurückzuweisen. Das Steuerzahlen ist für die meisten Staatsbürger ein unangenehmes Geschäft. Leute, die gerne Steuer zahlen, dürfte es wohl kaum geben. Man zahlt, weil man muß. Sobald und oft Reich, Staat und Kommune, als Träger unserer Gemeinshaftsbewegung, erhöhte Anforderungen an den Geldbeutel des einzelnen Staatsbürgers stellt, haben immer scharfe Kritiken solches Verlangen ausgelöst. So auch jetzt bei der Reichsfinanzreform. Gegen die Kritik ist nun eigentlich nichts einzuwenden, aber wehren müssen sich die christlichen Gewerkschaften gegen die demagogische Fehde, die gegen sie aus dem genannten Anlaß betrieben wird.

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, bemühen sich zur Zeit sozialdemokratische Gewerkschafts- und Tagespresse im trauten Verein mit den Hirsch-Dunderschen Organen, die Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten der bürgerlichen Parteien mitgeholfen haben, die Reichsfinanzreform zu erleichtern, gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung auszunutzen.

Daß die „Buchbindereizölung“ hier keine Ausnahme macht, nicht fehlen darf, ist selbstverständlich. Diesen Angriffen gegenüber muß zunächst wiederum betont werden, daß die christlichen Gewerkschaften politisch neutrale Organisationen sind und schon aus diesem Grunde allein für politische Vorgänge nicht verantwortlich gemacht werden können. Für die Vertretung ihrer politischen Interessen sind unsere Mitglieder auf die Parteien angewiesen, denen sie aus Grund ihrer politischen Gesinnung angehören und innerhalb deren sie sich nach Kräften betätigen sollen. Was sodann die von den bürgerlichen Parteien aufgestellten und gewählten Arbeiterabgeordneten in politischen Fragen tun und lassen, das haben sie in der politischen Arena zu vertreten und zu verteidigen. Eine politisch neutrale Gewerkschaftsbewegung hat kein Recht, solange nicht prinzipielle Grundlagen der Arbeiterbewegung berührt werden, oder diese politische Fragen gleichzeitig Gegenstände gewerkschaftlicher Interessen berühren, als solche Rechenschaft von politischen Parteien bezw. deren Träger zu verlangen. Der Zweck der christlichen Gewerkschaften ist die Hebung der Lage der Arbeiterschaft durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Daneben suchen sie Einfluß zu gewinnen auf die zum Schutze und zum Wohle der Arbeiterschaft erlassenen Gesetze.

In diesem Bestreben sind sich alle Arbeiter, die die Grundzüge des Christentums für sich als

verbindlich erachten, einig. Daraus folgert, daß die Gewerkschaftsbewegung die notwendige Einigkeit nur dadurch erzielen kann, wenn sie sich auf die Erfüllung der genannten Aufgaben beschränkt.

Seit 10 Jahren ist man in der Bewegung bestrebt gewesen, dementsprechend zu handeln. Ungewerkschaftliche Einflüsse und Probleme sind stets ängstlich gemieden worden. Kein christlicher Gewerkschaftler, der seine Stellung nicht vernachlässigt hat, wird deshalb heute, wo man insbesondere von sozialdemokratischer Seite gegen unsere Bewegung heftig, letzterer den Rücken lehnen. Man mag sich die Separatisten sparen, erreicht wird das Gewollte damit nicht.

Unsere Bewegung ist weder in der Lage, den Arbeiterabgeordneten, die gleichzeitig Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind, in rein politischen Fragen Direktiven zu geben, noch sind dieselben berechtigt, über rein politische Handlungen derselben Forderungen zu stellen. Zuständig sind da die politischen Parteien, von denen die Abgeordneten gewählt sind. In diesen mag denn auch der Gewerkschaftler als Parteimann seine Meinung zum Ausdruck bringen. Die Reichsfinanzreform ist eine politische Frage und war es, wie das Zentralblatt in seiner letzten Nummer mit Recht hervorhebt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders.

Nur die Tabakarbeiter machen eine Ausnahme. Als der Zollstreit innerhalb der christlichen Gewerkschaften seine Erlebigung gefunden, wurde programmatisch festgelegt, daß es den einzelnen Verbänden, die beruflich mit irgend einem Teil der Wirtschaftspolitik in einem Zusammenhange ständen, unbenommen sei, ihrerseits Stellung dazu zu nehmen. Bei den Tabakarbeitern trifft das bezgl. der Tabakbesteuerung zu und liegt durchaus nichts im Wege, wenn innerhalb des Tabakarbeiter-Verbandes die Haltung der Abgeordneten sachlich besprochen wird.

Weshalb denn nun die gegnerische Fehde gegen die als Abgeordnete tätigen christlichen Gewerkschaftsführer? Es ist das alte Mittel, das schon vor Jahren der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes seinem Kollegen Dure empfahl: „Die Führer vor den Rauch treten und die Arbeiter streicheln.“

Durch die stete Betonung, daß der und der Abgeordnete Gewerkschaftsführer sei, will man erzielen, daß die gegenseitigen Ansichten in politischen Fragen bekundenden Mitglieder gegen ihre Gewerkschaftsführer mißtrauisch gemacht werden und daß durch ein so gefälschtes Mißtrauen die Gewerkschaften durch einen Mitgliederabgang Schaden erleiden. Glücklicherweise sind wenigstens das Gros der Mitglieder unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung so geschult, daß auch dieses Mittel zum Zweck versagen dürfte. „Unsere Bewegung ist kein Parteienhaus, das durch sozialdem. Fansarentöne hinweggeblasen werden kann, auch dann nicht, wenn die Gegner glauben, politische Vorgänge zum Ausgangspunkt ebenso heftiger wie unfauler Angriffe auf uns zu machen.“ So konnte unter brausendem Beifall der Stiefenversammlung der Vorsitzende des Gesamtverbandes auf der Begründungsfeier des 7. christlichen Gewerkschaftstages konstatieren. Wir sind überzeugt, daß auch unsere Verbandsmitglieder

ganz entschieden jeden hegeftischen Versuch der Gegner zurückweisen werden und glauben unseren Kollegen einen Dienst zu erweisen, wenn im nachstehenden die vom „Zentralblatt“ zur Frage „Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Finanzreform“ gemachten Feststellungen, denen auch wir voll und ganz beistimmen, wiedergeben:

1. Die christliche Arbeiterbewegung treibt keine einseitige Klassenpolitik. Ihr Ziel ist vielmehr, der Arbeiterklasse die gleichberechtigte Stellung in Staat und Gesellschaft zu erringen, die der Lohnarbeiterstand entsprechend seiner Zahl und seiner Bedeutung für unser Wirtschaftsleben mit vollem Recht beanspruchen kann. Die christl. Gewerkschaften haben die direkte Aufgabe, diese Gleichberechtigung vor allem im Wirtschaftsleben zur Geltung zu bringen. Die christlichen Arbeiter sind jedoch ebenso sehr an der Verwirklichung dieser Gleichberechtigung im allgemeinen staatsbürgerlichen Leben interessiert. An dieser letzteren Aufgabe können die christlichen Gewerkschaften sich jedoch nicht direkt beteiligen. Die christlichen Arbeiter sind hier angewiesen auf eine entscheidende Beteiligung innerhalb der Parteien, denen sie angehören. Es sind hier in den letzten Jahren erhebliche Erfolge zu verzeichnen. In den Parlamenten der Einzelstaaten, im Deutschen Reichstag und in ganz erheblicher Weise in den Gemeinderäten sind eine Anzahl christlicher Arbeiter tätig als gewählte Vertreter der bürgerlichen Parteien.

2. Die Stellung der Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien ist ganz zweifellos eine recht schwierige. Die Durchdringungspolitik, wie sie Kollege Stegerwald in Köln auf dem Gewerkschaftskongress in den Vordergrund gestellt hat, erfordert eine sehr ausdauernde Tätigkeit. Wollen unsere Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien Einfluß gewinnen, wollen sie Verhältnisse für die soziale Lage der arbeitenden Klasse und Verwirklichung ihrer dringendsten Wünsche erzielen, so können sie in Fragen politischer Art nicht die Solidarität mit den Parteien verleugnen, innerhalb denen sie stehen. Mit dieser Tatsache müssen sich unsere christlichen Arbeiter abfinden. Auch wir stehen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Auch wir wollen die Erhaltung der christlichen Welt- und Lebensauffassung als leitenden Kulturfaktor. Auch wir wollen, daß unser Vaterland in der Lage ist, die Gerechtigkeit und das Ansehen der Nation nach innen und nach außen hin kraftvoll zu verteidigen zu können. Daraus resultiert für uns die Pflicht, dem Staate und der Nation die Opfer zu bringen, die sie gerechter- und billigerweise von den Bürgern verlangen können, und die nationalen, sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben durchzuführen zu können. Eine gewisse Solidarität zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ergibt sich diesem Verhältnis nach naturgemäß. Nichts wäre deshalb verwerflicher, als wenn sich unsere Mitglieder heute durch das Geschrei der Sozialdemokratie beeinflussen ließen und infolge der Unzufriedenheit mit den neuen Steuern einer Werdärgerungspolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien Raum geben würden, die im letzten Grunde der Sozialdemokratie zugute käme zum Schaden nicht zuletzt der christlichen Gewerkschaften.

3. Es ist ein einziger großer böshafter Völlerei, wenn die Sozialdemokratie den Arbeitern vorgaukelt, es sei gegenwärtig die politische Mäßigkeit gegeben, im Deutschen Reich die indirekten Steuern zu befestigen oder ohne dieselben bei einer Forderung von 600 Millionen neuer Steuern auch nur auszukommen. Der weltliche Volkswort und Arbeiterwort liegt auf Seiten derjenigen, die prinzipiell und grundsätzlich dem Staate als Mittel vorzuziehen zur Durchführung seiner nationalen, sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben und in einem Utemenge die allgeringsten Anforderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur an das Reich stellen. Nicht das sachlich wohlüberlegte Interesse der Arbeiter ist es, das die Sozialdemokratie bewegt, diese Agitation zu entfalten, sondern ausschließlich das Streben nach Verpehung der Volksmassen im Interesse der sozialdemokratischen Parteipropaganda. Es ließe aber unsere christlichen Gewerkschaftler politisch und gewerkschaftlich tief einschlafen, wenn man behaupten müßte, daß sie auf diese Methode der Sozialdemokratie hereinfielen. Diese Art der Verpehung der christlichen Arbeiter gegen ihre Führer und gegen die bürgerlichen Parteien ist nun doch schon zu oft erfolglos

versucht, als daß ihr jetzt eine große Wirkung beigemessen werden könnte.

4. Es ist nicht zu verkennen, daß die Funktionäre und Vertrauensmänner unserer christlichen Gewerkschaften in einer schwierigeren Situation sich befinden. Sie werden sehr oft vor die Frage gestellt werden, die Taten der bürgerlichen Parteien bei der Steuerreform zu verteidigen oder zu verweigern. Demgegenüber muß dann festgehalten werden, daß Auseinandersetzungen parteipolitischer Art in unseren Mitglieder-versammlungen grundsätzlich zu vermeiden sind und daß es jedem unbenommen ist, vom politischen Gesichtspunkte aus seinen Ansichten und Meinungen über die Steuerreform beliebigen Ausdruck zu geben an den Stellen, die dazu geschaffen sind: bei den bürgerlichen Parteien und ihren Parteinstanzen.

5. Bei der Beurteilung der parlamentarischen Tätigkeit der christlichen Arbeiterabgeordneten spielt vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Ziele aus die Haltung derselben bei der Steuerreform eine untergeordnete Rolle. Soweit die soziale Gesetzgebung in Frage kommt, die gegebenenfalls auch unserer Beurteilung als Gewerkschaftler unterliegt, haben in der kurzen Zeit ihrer parlamentarischen Tätigkeit unsere christlichen Arbeiterabgeordneten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan und sich in vollstem Maße des Vertrauens würdig gezeigt, welches die christlichen Arbeiter in sie gesetzt haben. Alle Versuche, zwischen den Arbeiterabgeordneten und den christlichen Arbeitern einen Keil zu treiben und das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihnen zu erschüttern, müssen von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften mit Entschiedenheit und Nachdruck zurückgewiesen werden.

„Die Einigkeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der deutschen Papierindustrie.“

Unter obigem Titel verfaßt ein Herr N. im Wochenblatt für Papierfabrikation die Mitgliedschaft bei ausländischen Arbeiter-Organisationen im Papiermacherberuf als eine an Sklaverei grenzende Unfreiheit des Arbeiters hinzustellen und spricht zum Schlusse seiner Ausführungen den Wunsch aus, daß das „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitern (in Deutschland) auch weiterhin nicht gestört werde.

Wir begreifen die Zufriedenheit des Schreibers und seiner Herren Kollegen über das gegenwärtige Verhältnis; aber auch die Angst, daß durch weiteres Umsichgreifen der gewerkschaftlichen Organisation der noch fast allgemein vorherrschende Herr-im-Hausstandpunkt verloren gehen könnte.

Unter Bezugnahme auf das Protokoll der Verhandlungen des Vereins deutscher Papierfabrikanten auf der Hauptversammlung in Wiesbaden schreibt Herr N. u. a.:

Es wird immer wieder versucht die Arbeiterschaft der Papiermacherei zu einer Organisation zu vereinigen, und es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß eine solche Vereinigung für den Auswegenden etwas Verlockendes hat. Die Verhältnisse die in den Ländern, in denen die Arbeiterorganisationen in Blüte stehen, wie in England, in den nordischen Papierländern und vor allem in Nordamerika, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, werden von unseren deutschen Arbeitern vielfach als Ideal angesehen. Wie aber immer, wenn etwas weit Entferntes in die Nähe gerückt wird, verliert das Ideal bei näherer Betrachtung. Auch in dem Falle geschieht dies scharf, wenn das Ziel und Mittel gegen einander abgemessen wird.

Das Bestrebende für den deutschen Arbeiter sind nicht nur die höheren Löhne, die seine Kollegen in den angrenzenden Ländern beziehen, sondern nicht zum wenigsten die beständige Volk, denn dort besteht der Arbeiter und der Arbeitgeber „gehört“. Natürlich nicht der einzelne Arbeiter, sondern die Arbeiterorganisation, die eine solche Macht hat, daß ohne ihre Zustimmung nichts geschehen kann. Den Zwang, den die Arbeiterorganisation auf die Arbeitgeber ausübt, läßt sie in

verstärktem Maße aber auch den Arbeiter fühlen. Dies läßt sich insoweit erklären, als an der Spitze dieser Organisationen vielfach ungeeignete Leute stehen, die nur zu gern befehlen, ihre Macht nach oben, aber auch nach unten führen zu lassen.“

Nicht bloß bestehend wirkt das bessere Verhältnis der ausländischen Papiermacherarbeiterschaft auf Uineingeweihte, sondern es wirkt auf die Gesamtheit in der Weise, daß jeder denkende, standesbewußte Arbeiter von der unwiderlegbaren Tatsache überzeugt wird, daß nur durch die Selbsthilfe das schlechtere Verhältnis gebessert und anderen gegenüber gleich gebracht werden kann. Aber um diesem bestehenden Gedanken keine neue Nahrung zu geben, und um die daraus folgernde Konsequenz zur Umsetzung in die Tat zu bewahren, wird von den Herren Papierfabrikanten in Deutschland schon seit Jahren alles menschenmögliche ausgedient. Um ihre eigenen Interessen zu wahren, aber auch hauptsächlich zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Rechte der Arbeiter zu unterdrücken, haben sie sich eine festgefügte Arbeitgeberorganisation geschaffen. Mit Wohlfahrts-Einrichtungen streuen sie ihren Arbeitern Sand in die Augen und hindern dieselben sehr oft durch Zwangsmassregeln von der Inanspruchnahme des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes. Ein event. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter widerspricht den deutschen Scharmachern, nur sie allein wollen bestimmend sein und der Arbeiter soll wie bisher lediglich zu gehorchen haben. Daß von Scharmacherseite die Führer gewerkschaftlicher Organisationen vielfach als ungeeignete Leute betrachtet werden, ist wohl zu verstehen, denn diese werden den Scharmacherkreisen gar häufig außerordentlich uneben durch ihr Eintreten für die Arbeiterinteressen. Im übrigen liegen in den Ausführungen des H. N. derartige Uebertreibungen, daß sie ein Blindes schon mit dem Knüttelstock fühlen kann.

Herr N. schreibt ferner:

„Vor allen Dingen wird die persönliche Lässigkeit des einzelnen überhaupt nicht geschätzt. Der Fleißige und der Saule, der Kluge und der Dumme, sie gelten alle gleich viel. Gebietet diese Ungerechtigkeit den intelligenten Arbeiter, so wird seine Lage noch unerträglicher durch die Art, wie die Organisation auch sonst noch ihre Expansivität ausübt. Sucht ein Arbeiter, der keiner Organisation angehört, in den genannten Ländern Arbeit, so wird er schwerlich solche erhalten, und wenn es ihm gelungen ist, doch irgendwo unterzukommen, so wird seine Arbeit selten von langer Dauer sein. Zeit ein Arbeiter aus Prinzip der Organisation nicht bei, so drängt diese den Arbeitgeber, den Arbeiter zu entlassen. Um dies lieben Friedens willen wird dies in den meisten Fällen auch geschehen. Der Arbeiter wird so von Ort zu Ort gehetzt, bis er sich zwingen läßt, Mitglied zu werden. Als Mitglied darf er dann in seinem Fache nur zu einem bestimmten, allerdings hohen Lohn arbeiten: ob es ihm aber gelingt, immer Arbeit zu diesem Lohn zu erhalten, ist eine andere Frage. So sehen wir gerade in Nordamerika, dem Lande der vollen Freiheit, eine an Sklaverei grenzende Unfreiheit des Arbeiters.“

Die persönliche Lässigkeit des Einzelnen kommt nur dann nicht zur Geltung, wenn bei vereinbartem Zeitlohn die geringsten festgesetzten Minimallöhne gleichsam für die Gesamtheit als Minimallöhne berechnet werden. Der Kluge Arbeitgeber zahlt selbstverständlich dem geschickteren Arbeiter einen entsprechenden Aufschlag, wie überhaupt der Geldentwertung der Lässigkeit nichts im Wege steht. Vielfachen Ausprüchen maßgebender unbeflügelter Sozialpolitiker und Arbeitgeber widerlegen die obigen willkürlichen Behauptungen. Von jeher suchte der

Arbeitgeber einen etwaigen minderen Arbeiter durch einen besseren zu ersetzen und es ist Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß keine Berufskollegen vollständig der Willkür von Scharmachern preisgegeben sind. Wenn auch, besonders in England das Verhalten der Organisierten gegenüber den Nichtorganisierten gerade kein friedliches ist, so muß doch bemerkt werden, daß ein Zwang zum Beitritt durch ungesetzliche Mittel mit schwerer Strafe geahndet wird. Die Arbeitgeberorganisationen gehen allgemein noch viel weiter in ihren Maßnahmen gegen unorganisierte Kollegen, sogar bis zur Vernichtung der Existenz. Sind Beispiele gefällig? Nur durch die Solidarität der Arbeiter kann die Arbeit grundsätzlich und wahrhaft „frei“ gemacht werden. Es ist nicht mehr wie billig, daß diejenigen, welche die Vorteile der Organisationsarbeit in höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit usw. mitgenießen, auch an den Opfern, welche die Erreichung dieser Vorteile erheischen.

Herr N. leistet sich dann noch folgendes:

„Ebenso wie die persönliche Freiheit der Organisationsmitglieder von den Machthabern unterdrückt wird, so muß auch der Arbeitgeber von Zeit zu Zeit die Macht der Organisation fühlen, selbst wenn die Ansprüche, die an ihn gestellt werden, unerfüllbar sind. Auf rückläufiger Konjunktur wird bei solchen Gelegenheiten merkwürdigerweise nicht die geringste Rücksicht genommen.“

Zunächst ist es sehr sonderbar, daß die „persönliche Freiheit“ des einzelnen Arbeiters, die angeblich durch die Organisation unterdrückt wird, gerade von dieser Seite so sehr in Schutz genommen wird. Gerade von dieser Seite, die bisher ein Sklaventum im vollsten Sinne des Wortes aufrecht erhalten und die persönliche Freiheit des Arbeiters mit Füßen getreten hat. Was dann die Behauptung anbelangt, daß unerfüllbare Ansprüche an die Arbeitgeber gestellt wurden, auch bei rückläufiger Konjunktur, so spricht auch hier die Wirklichkeit eine ganz andere Sprache. Bei rückläufiger Konjunktur haben die Gewerkschaften ihre liebe Not, Ertrügnisses zu erhalten, denn die „humanen“ Arbeitgeber haben nichts eiligeres zu tun, als die Folge der rückläufigen Konjunktur auf ihre Arbeiter abzurufen.

So würde man noch weitere Behauptungen des Herrn N. auf ihre „Richts“ zurückzuführen. Zu bewundern ist in dem ganzen Organk, mit welcher Dreifaltigkeit die wirtlichen Lasten auf den Kopf gestellt werden. Um die eigene Sklaverei aufrecht zu erhalten, werden die unteilbaren Arbeiter grüßlich gemacht vor einer angeblichen Sklaverei durch die Organisation, die in Wirklichkeit garnicht besteht. Auch das Loblied auf die „soziale Einigkeit“ der deutschen Papierfabrikanten, die sich in Wohlfahrts-Einrichtungen usw. äußert, hat seinen festen Untergrund. Mittel zum Zweck, um willige Arbeiter zu erhalten! Das ist des Pudels Kern. Es bleibt bestehen: Nur die gewerkschaftliche Organisation wird auch dem Papierarbeiter eine bessere Zukunft erkämpfen können!

Republikan.

Der Gewerkschaft in Schweden.

Selbst nach den Berichten sozialdemokratischer Blätter hat sich die Zahl der Streikenden stark verringert und soll vom 18. bis 28. August 28 000 in der Vermindeung betragen haben. Wenn auch, nachdem sich immer 200 000 Arbeiter als ausständig in Schweden kamen, so soll nach

Mehr Gemeinnut (Nächstenliebe).

Wenn man die große Mühe und Arbeit betrachtet, welche bis jetzt auf dem Gebiete der Agitation geleistet wurde, sowie die Befolge der einzelnen Schritte, so sollte man es kaum mehr für möglich halten, daß heute noch eine so große Zahl der Arbeiter aus den Organisationen fernsteht. Haben doch schon eine große Reihe hervorragender Männer der Wissenschaft eingesehen, daß nur der Arbeiterstand durch eine gesunde Organisation zu seinem Ziel, zur materiellen und sittlichen Erhebung kommen kann. Selbst ein Fleck, äußerte sich vor kurzem, daß die Selbsthilfe schon in manchem Stande geholfen, und auch der beste Weg für den Arbeiterstand sei, seine Rechte dem Arbeitgeber, wie dem Staate gegenüber zur Geltung zu bringen, wozu der Geist der christlichen Gewerkschaften der beste Fingerhut wäre.

Wasan fehlt es denn nun bei den meisten heutzutage? Wenn ich den richtigen Ausdruck gebrauche, so muß ich sagen, es fehlt nur an der richtigen Nächstenliebe, an Gemeinnut. Wenn dieselbe heute noch wie ehemals allgemein zur Geltung käme, würde gewiß der Organisationsgedanke insbesondere im Arbeiterstande mehr ausgedehnt sein. In mancher Kollege besetzt sich noch mit dem Gedanken: du hast schon Jahre deinen Beitrag bezahlt und bist heute noch nicht direkt für dich erledigt. Wenn solche Leute von echtem Gemeinnut, von Nächstenliebe befreit wären, würde ihnen kein Raum für solche Gedanken. Liebe deinen Nächsten aber auch innerlich

Grunde des Orgens wie dich selbst. In diesen Worten liegt die einzige Lösung für einen kranken gesunden Organisationsgedanken. So lange du dieses Gefühl nicht in dir trägst, wird letzteres niemals den Marsch durchbringen und wie notwendig beinern Geist beherrschen. Wie manchem Familienvater ist schon aus bitterster Not geholfen worden durch diesen Zusammenschluß, durch die Organisation. Kannst du nun noch weiter dein Org verweigern und nur immer egoistisch an dein eigenes Ich denken, wirst du nicht dazu beitragen, damit andere auch ein besseres Los, eine Erhebung ihrer teils traurigen Lage erfahren. Wenn du noch einen Funken von Gemeinnut, wirtlicher Nächstenliebe in deinem Herzen trägst, so muß dieses dir sagen, helfe deinen Arbeitsskavem, welche noch durch targa Lohn ein dürftiges Dasein fristen müssen.

Die christlichen Gewerkschaften haben neben der der materiellen Erhebung auch noch eine andere Aufgabe. Wenn wir bedenken, daß die geistige und sittliche Erhebung des Arbeiterstandes, wenn nicht ein direktes, so doch ein indirektes Programmpunkt unserer Gewerkschaftsbewegung ist und andererseits steht, mit welchem Druck und Zwang der Gegner, besonders die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung zur Entschärfung der Arbeitermassen beiträgt, dann ist es höchste Pflicht jedes ernst und positiv christlich denkenden Kollegen, sich uns anzuschließen, und durch unsere immer stärker werdende Machtentfaltung den Terrorismus und politischen Zwang der sozialdemokratischen Gewerkschaften einzudämmen, ihn zu beseitigen. In vielen Orten und auch in einzelnen Gewerben sind heute

nach die christlichen Gewerkschaften so schwach und mancher positiv christlich denkende Kollege muß gegen seinen Willen einer sozialdemokratischen Organisation angehören, um nicht das Recht auf Arbeit zu verlieren. Hier darf der Blick nicht nur auf lokalbeschränkte gute Verhältnisse gerichtet sein, sondern unsere Blicke müssen sich mindestens auf unser gesamtes Vaterland erstrecken. Durch die christliche Gewerkschaftsbewegung ist schon mancher aus den Fesseln der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung befreit worden, sorgen wir dafür, daß dies noch weiter möglich wird und die jetzt noch unerschöpfliche Stehenden nicht von diesen, sondern für die in Wirklichkeit neutralen christlichen Gewerkschaften gewonnen werden.

Schon aus diesem Grunde, meine ich, sei es Pflicht eines jeden christlich denkenden Arbeiters, durch einen noch größeren Zusammenschluß mitzubekommen an dieser großen Mission, um auch den letzten Gegner zu überzeugen, daß der Weg, den er geht, ein falscher ist.

Darum, christlich denkende Männer und Frauen, helfet mit an dieser großen Aufgabe durch Beitritt zur christlichen Organisation. Bezeugt durch etwas Opferkraft, daß ihr ein Interesse daran habt, ein wirtlich fruchtbringendes Leben unter dem Arbeiterstande in unserem deutschen Vaterlande herbeizuführen zu sehen.

Aber auch ihr Arbeitgeber, zeigt durch etwas mehr Untgegenkommen dem Arbeiter, daß ihr euch einen gesunden und friedlichen Arbeiterstand sichern wollt.

den Berichten der Tagesblätter der Kampf immer mehr der Abdrückung entgegengehen und kaum Aussicht für einen zufriedenstellenden Erfolg geben.

Wir als christl.-nationalen Arbeiter lehnen die Idee des Generalstreiks ab und die bisherigen Erfahrungen in den romanischen Ländern, wozu sich eine neue drastische Lehre in Schweden, wenn solche auch anderen Ursprungs ist, hinzugesellen wird, können uns in dieser Auffassung nur bestärken. Bei dem schwedischen Generalstreik hat es sich gezeigt, daß ein allgemeiner Ausbruch ohne Durchbrechung der bestehenden Tarifverträge nicht möglich ist. Die Buchdrucker u. a. mußten Kontraktbruch begehen und sind dieserhalb von der Prinzipalsorganisation auf Schadenersatz verklagt worden. Die vom Gericht angeordnete Beschlagnahme des Vermögens des Typographenverbandes, welches Ende 1908 über Aktien im Betrage von 560.000 Kronen verfügte, verlor jedoch, nachdem die Verbandseitung das Vermögen rechtzeitig im Ausland in Sicherheit gebracht hatte. Statt des erhofften Verbandsvermögens von 500.000 Kronen sollen dem Vertriebe von 2 Kronen 41 Cere in die Hände gefallen sein. Nach den neuesten Meldungen hat die Verbandseitung Beschlüsse gefaßt, die Arbeit bei allen außerhalb des schwedischen Arbeitgeberverbandes stehenden Unternehmern wieder aufzunehmen. Es würden demnach etwa 100.000 wieder in Arbeit treten und 160.000 im Auslande verbleiben. Von staatlicher Seite soll nunmehr eine Schlichtung der Differenzen versucht werden.

Der Generalstreik der bayerischen Spiegelglasmacher wurde am 16. August nach 15 wöchentlichen Dauer durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Der Kampf, an welchem ca. 300 Arbeiter in 14 Glashütten beteiligt waren, hat in seinem Verlauf eine Menge interessanter Momente zutage gefördert. Insbesondere verdient dabei die Haltung der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftspresse das behäufte Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Unmittelbar, nachdem die Unternehmer den alten Tarifvertrag gekündigt hatten, erschien im „Fadgenosse“ dem Organ des sozial. Glasarbeiterverbandes, der mit kaum 30 Mitgliedern an der Bewegung beteiligt war, während alle übrigen Arbeiter nahezu vollständig dem christl. Keram- und Steinarbeiterverband angehören, ein Artikel, in dem den Glühenden in verächtlicher Form nahe gelegt wurde, nur feste zugreifen und den neu vorzulegenden Entwurf ausgiebig auf Kosten der Arbeiter zu verschleiern, weil sich die im christl. Verband organisierten Arbeiter doch nicht wehren könnten. Der Artikel hatte seine Wirkung getan. Den Arbeitern wurden die einschneidendsten Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zugemutet. Nun legten die Genossen alle Hebel in Bewegung, die Glasmacher zu möglichst hohen Forderungen anzuwehren. Gleichzeitig und während des ganzen Verlaufes des Streikes, besonders aber stets unmittelbar vor stattfindenden Verhandlungen wurde den Arbeitgebern in allen Tonarten zugerufen, nicht nachzugeben, es wäre eine Kleinigkeit, die Arbeiter völlig niederknien, weil der christliche Verband kein Geld habe usw. Unter den Arbeitern wurde eine geradezu infernalische Dege entfaltet, weil sich der christl. Verband überhaupt auf Unterhandlungen eingelassen habe. Es müßte mindestens ein Jahr gestreift werden, wurde den Arbeitern vordemostriert. Nachdem alle Versuche, die unersättliche Gierigkeit der Glasarbeiter zu zerschlagen, fehlschlugen, wurde mittels erschlicher Unterfütterung einiger christlich-organisierter Arbeiter unter den schwindelesthaften Vorspiegelungen eine Konferenz einberufen, zu der die christlich-organisierten Glasarbeiter eingeladen wurden. Auch dieser Gaunerstreik mißglückte. Die gemeinsamen Beschlüsse der Streik-Kommission wurden sofort immer wieder den Fabrikanten verraten. Nachdem endlich trotz aller Bemühungen dieser sonderbaren Arbeiterfreunde, die Unternehmer zum beharrenden Widerstand gegen die Arbeiterforderungen aufzureizen, — was selbst vom offiziellen Organ des Vereins Deutscher Spiegelglasfabrikanten, dem „Diamant“, offen zugegeben wurde — die Befestigung der geplanten Verschlechterungen, sowie die Erfüllung verschiedener Arbeiterwünsche erreicht waren, hatte selbst der sozial. Gauner Dirschel in einer Glasmacherversammlung erklärt, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich gewesen wäre, mehr zu erreichen. Sofort aber wurde den Fabrikanten wiederum der Beschluß des Streiks abzuwehren, auch wenn keine weiteren Zugeständnisse mehr erreichbar seien, mitgeteilt mit dem Erfolge, daß die Fabrikanten, die noch zu verschiedenen Konfessionen bereit gewesen wären; jede weitere Verbesserung ablehnten. Nun nachdem der Laiz abgeschlossen ist, der ohne die rote Gaunertatistik mindestens um 20% günstiger für die Arbeiter ausgefallen wäre, stimmt die ganze rote Presse ein wahres Indianergeheul an, daß der christliche Verband seine Mitglieder verraten und nicht mehr erreicht habe. Ein so schändlicher Arbeiterverrat und eine solche Summe von Niedertracht, wie sie die Sozialdemokraten beim bayerischen Spiegelglasmachere streik an den Tag gelegt hat, ist noch selten in der deutschen Arbeiterbewegung beobachtet worden. Mögen die Arbeiter hieraus die richtigen Lehren ziehen.

Der Zentralverband der deutschen Ortskrankenkassen, dem 267 Kassen mit 4 Millionen Mitgliedern angehören, hielt vom 8. bis 10. d. M. in Bremen unter Teilnahme von etwa 500 Vertretern seine Jahresversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung beschäftigte. Die Berichte wurden erstattet über das 1. Buch des Gesetzesentwurfes (Gemeinsame Vorschriften) von Polländer-Deppig, über das 2. Buch von Graf-Fraunfurt a. M. (Umsang, Gegenstand und äußere Beschaffenheit der Krankenkassenversicherung), Professor Stier-Somlo-Donn, (Innere Verfassung der Krankenkassenversicherung), Hülsmann der Beiträge und des Stimmrechts, Kögler (Einzelsätze) und Kohn-Berlin (Versicherung der landwirtschaftlichen und unabhängigen Arbeiter und der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, der Dienstboten und der Hausgewerbetreibenden), über das 3. Buch (Infallversicherung) von Bauer-Berlin, über das 4. Buch (Invalidität- und Hinterbliebenenversicherung) von Starke-Berlin, über das 5. und 6. Buch (Begleichungen der Versicherungs-

träger untereinander, Verfahren) von Sydow-Berlin, also zum Teil von denselben Rednern, die auch auf dem all-gemeinen Krankentafelkongress in Mail über dieselben Fragen berichtet hatten. Wesentliche neue Gesichtspunkte traten weder in den mit Beifall aufgenommenen Berichten, noch in der unerheblichen Diskussion zutage. Die Hülsmann des Stimmrechts in den Krankentafeln, die Einführung der freien Arztwahl wurden verworfen, die neuen Bestimmungen über die Bezüge- und Apothekerangelegenheiten als zum Teil unannehmbar, andererseits unzureichend bezeichnet, die Krankentafelkassen wegen der ungenügenden Leistungen und der mangelnden Selbstverwaltung verworfen, die Befestigung der Betriebs- und Jünglingskrankentafeln und eine weitergehende Zentralisation der Ortskrankentafeln gefordert. Zur ganzen wurden die Bestimmungen, abgesehen von der auch als ungenügend bezeichneten Ausdehnung der Versicherungspflicht, als ein Rückschritt gegenüber dem geltenden Recht gekennzeichnet, auch behauptet, daß die neuen Bestimmungen über das Verfahren das Vertrauen in die Rechtsprechung weiter untergraben würden.

In einem von Kohn-Berlin begründeten Antrage wurde die Notwendigkeit einer weiteren Förderung der prophylaktischen Aufgaben der Krankentafeln, in erster Linie der Einführung der Familienversicherung betont, in einem zweiten von Graf-Fraunfurt a. M. begründeten Antrage die Forderung aufgestellt, daß die Kassenärzte in den mit ihnen abzuschließenden Verträgen zur Ausstellung von Entschärfen für die von ihnen behandelten Unfallverletzten verpflichtet würden. Beiden Anträgen stimmte die Versammlung ohne Debatte zu. Die zur Reichsversicherungsordnung gestellten nur Nebenpunkte berührenden Anträge wurden dem geschäftsführenden Ausschuss überwiesen.

Ein Arbeitgebervertreter Wolff-Mey stellte zum Schluß unter allgemeinem Beifall fest, daß die anwesenden Arbeitgebervertreter mit den Ausführungen der Berichterstatter durchaus einverstanden seien, daß es auf dem Gebiete der Sozialpolitik keine Sonderinteressen gebe und setzen ein harmonisierendes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stattgefunden habe als in den Krankentafeln.

Tabakarbeiter und Preisverhöhung. In bemerkenswerter Weise nimmt das Organ des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, die „Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung“ in seiner Nummer (94) Stellung zu der Frage „Preisverhöhung in der Tabakindustrie und Arbeiterinteressen“. Der Artikel kommt unter Würdigung der eigenartigen Verhältnisse in der Tabakindustrie zu dem Ergebnis, daß eine Ueberverteilung der Konjumenten aus Anlaß der jetzt notwendig gewordenen Preisverhöhung an sich kaum möglich ist, andererseits auch die Lage der Arbeiter eine gesündere Preisgestaltung wünschenswert machen würde. Die Bestrebungen, die darauf hinauszielen, den Verkauf zu den alten Preisen weiter zu ermöglichen, seien, so sie auch nur immer auszuweichen, im Interesse der Tabakarbeiter zu belächeln. Möglichst wie im Buchdruckerberuf werden in der Tabakindustrie nur dann bessere Zustände durch gesunde Preisverhältnisse zu erzielen, wenn Arbeitgeber und Arbeiter sich zu gemeinsamer Arbeit auftraffen, insbesondere durch eine Tarifgemeinschaft der Schmutzkonkurrenz ein Ende bereiten. Uebermäßige Gewinne wären in der Zigarrenindustrie zudem ja bis heute noch nicht erzielt worden. Man habe auch bei Beratung der Tabaksteuer im Reichstage gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß es nicht nur bei der reinen Abminderung der Steuer auf die Konjumenten bliebe. Die den Konsum treffende Belastung müsse höher sein, als die nachte Belastung durch die neuen Steuern. Dies auch empfohlene Verringerung von neuen Steuern, wirkte für die Arbeiter durchaus schädlich, da die Erzeugung lehre, daß hierbei die meisten Sachdifferenzen entstünden. 22 1/2% der Zigarrenarbeiter seien aber mit der Verringerung von Subsidien in der Preislage bis zu 7 Pfg. beschäftigt, also jener Fabrikate, die eine Verringerung erfahren sollten. Das Antippen gegen die Preisverhöhung könne mithin auch für die Tabakarbeiter, sehr nachteilige Folgen haben. — Die beachtenswerten Ausführungen der „Tabakarbeiter-Zeitung“ wäre nur noch hinzuzufügen, daß die organisierte Arbeiterschaft, jedenfalls seine Ursache hat, durch eine höhere Erziehung ihrer Zigarren den unorganisierten Tabakarbeitern und sozial-rückständigen Fabrikanten die „Kassianen aus dem Feuer zu holen“. Wohl jeder Gewerkschafter hat nicht dagegen, ja, er muß es als höchstwünschenswert bezeichnen, daß der etwa 600 Mark betragende Jahresdurchschnittslohn eines Tabakarbeiters eine Erhöhung erfährt; jedoch sollte in erster Linie dann aber auch die Erhöhung der Löhne den Arbeitern zugute kommen, die sich selbst durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe bemühen, ihr Dasein erträglicher zu gestalten. Was anders wäre einer Prämierung des Indifferenzismus gleich. Empfindenswerter wird daher sein, nur solche Fabrikate zu rauchen und diese mit einer angemessenen Preisverhöhung zu bezahlen, die von organisierten Arbeitern hergestellt sind. Wie im übrigen den Tabakarbeitern zu helfen ist, zeigt der vom Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erstellte, in Nr. 17 der „Graph. Stimmen“ veröffentlichte Aufruf.

Ein Forderungsbuch der Berliner. Forderungsbuch der Berliner. In den letzten Wochen in der sächsischen Baugewerbe auf Kosten der Arbeiterinteressen zu einem Tarifvertrag zu kommen. Als die Gewerkschaften dort in einem Kampfe standen um Verbesserung der Lohnverhältnisse, schlossen sie hinterläßt mit dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes einen Vertrag ab, der nicht nur die bisherigen schlechten Verhältnisse festlegte, sondern auch für die Zukunft den Arbeitgebern eine bequeme Handhabe zu weiteren Verschlechterungen bot. Den Arbeitgebern war dies sehr willkommen, denn sie verfolgten, wie es in einem Stamm arbeitswilliger Leute zu behalten, andererseits in die geschlossenen Organisationen der Zentralverbände der Maurer bzw. Zimmerer Deutschlands und des Zentralverbandes der christlichen Bauhandwerker Deutschlands...

einen Keil hineinzutreiben“... Der beabsichtigte jämmerliche Arbeiterverrat der „Berliner“ scheiterte, denn denselben fehlen — die Mitglieder. Wohl oder übel mußten sich die Arbeitgeber bequemen, mit den erwähnten Verbänden einen Vertrag abzuschließen, der auch eine Lohnaufbesserung von 3 Pfg. pro Stunde brachte. Doch die „Berliner“ geben das Spiel noch nicht verloren. Was nicht ist kann noch werden, so denken sie und haben zu dem Zwecke folgendes Mundschreiben in alle Welt an ihre Vereine gefandt:

Arbeitersekretariat des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin).

Ratibor, den 29. Juli 1909.

En. Hochwürden!

Die verbündeten sozialdemokratischen und christlichen Organisationen haben während des vor kurzem beabsichtigten Lohnkampfes im Baugewerbe des Obersächsischen Industriebezirks in ihren Versammlungen, wie auch bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und vor dem Einigungsamt stets behauptet (?) wir hätten keine Mitglieder. Durch diese Vorgehen haben dieselben auch erreicht, daß unsere Organisation von den zuerst mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen, wie auch später vor dem Einigungsamt ausgeschlossen wurde.

Der neue, eben abgeschlossene Tarifvertrag hat nur Gültigkeit bis zum 1. April 1910. Die neuen Verhandlungen sollen bereits im Dezember d. J. beginnen. Da die Arbeitgeber uns gegenüber erklärt haben, daß sie mit unserer Organisation zuerst verhandeln würden, ist es notwendig, daß wir den Arbeitgebern wie auch unseren Begnern nachweisen können, daß wir in Obersachsen die Mehrheit haben. Zu diesem Zweck bitten wir Euer Hochwürden, die Mitglieder des dortigen Verbandes, welche im Baugewerbe beschäftigt sind, in die anliegenden Listen einzutragen zu lassen, und letztere uns umgehend ausgefüllt zurückzugeben.

Im Voraus bestens dankend, zeichnet Mit Verbandsgruß

Euer Hochwürden ganz ergebener Katta, Arbeitersekretär.

Dieses interessante Schreiben wird, wie gesagt, in alle Himmelshöhen verandt. Das vorstehend abgedruckte ist an einen Verein in der Nähe Hamburgs gerichtet. Da bleibt nur ein zweifaches übrig: Entweder werden in ganz Deutschland Adressen von „Berliner“ Bauarbeitern gesammelt, um die oberflächlichen Bauunternehmer bei den künftigen Verhandlungen hinter Licht zu führen, oder es ist den Facharbeitern von letzteren nahegelegt worden, daß bei genühendem Tunport von „Arbeitsämtern“ der Vertrag mit ihnen geschlossen werden würde. Ob das glücken wird, ist allerdings eine andere Frage. Schöner wie hier ist aber wohl kaum schon die Ohnmacht wie auch die Charakterlosigkeit der „Berliner“ bewiesen worden.

Die Mitglieder der Gewerkschaft bei einer Gewerkschaft. Die im Falle der Gewerkschaften der Krankenkassen gewährt, eine „anderweitige Versicherung“ im Sinne des § 3a des Kranken-Vers.-Gesetzes? Die Betriebskrankenkasse B. in B. gewährt nach ihrem Statut ein Krankengeld in Höhe von zwei Dritteln des wöchentlichen Arbeitsverdienstes. Der dieser Klasse angehörende erkrankte Steinbruder D. der einen Wochenlohn von 30 M. erhielt, bekam aber nur Krankengeld in Höhe von 16 M., also 4 M. weniger, als das Statut besagt. Auf eine Beschwerde antwortete der Kassenvorstand, man habe D. nur nach einem Einkommen von 24 M. in der Klasse versichert, da er noch Mitglied der Krankenkasse des Seneider-Bundes sei und hier eine wöchentliche Unterstützung von 12 M. beziehe. Der angegriffene Stadtrat zu B. änderte den Beschluß des Kassenvorstandes dahin ab, daß die Klasse verpflichtet sei, statt 16 M. Krankengeld 18 M. zu zahlen. Die hiergegen eingereichte Klage wurde von der Kreisbauhauptmannschaft B. als Verwaltungsgericht wieder verworfen. Begründet wird dieser Beschluß u. a. damit: Die Klage des Krankengeldes tritt bei anderweitiger Versicherung ein; auch wenn die anderweitige Versicherung bei einer dem Gesetze nicht genügenden Hilfsklasse stattfindet. Es heißt ferner, daß Kläger gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert ist und daß die Mitglieder beim Vorhandensein der statutenmäßigen Voraussetzungen auch stets die Unterstützungen erhalten haben, wie sie auch der Kläger erhalten hat.

Das angegriffene OVG. hat das angefochtene Urteil aufgehoben. Das Zentralblatt der Reichsversicherung druckt die Gründe wörtlich in Nr. 15 ab. Sie lauten u. a.:

Bei der Sachlage ist die Entscheidung über die Berufung lediglich von der Beantwortung der Frage abhängig, ob der Kläger während der Zeit, wo er Mitglied der betagten Klasse war, infolge seiner Zugehörigkeit zum Seneider-Bund „gleichzeitig“ anderweitig gegen Krankheit versichert“ war. Das OVG. schließt sich den Ausführungen des Klägers und den herrschenden Anschauungen an, und erachtet es nach dem, was sich über die Organisation des Seneider-Bundes aus dessen Statut ergibt, als zweifellos, daß dieser Verband mit seiner allgemeinen Unterstützungskasse an sich als eine selbständige Versicherungseinrichtung, als eine „anderweitige Versicherung“ im Sinne des § 3a, n. a. angesehen werden kann, wenn den Mitgliedern ein Recht auf die Unterstützungen eingeräumt worden ist. Es ergibt sich aus der Bestimmung des Statuts, daß alle Unterstützungen freiwillig sind und keinem Mitglied ein gesetzlich festgesetzter Betrag oder sonst ein Rechtsanspruch zugeht. Weiter werden alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Verband ausschließlich von den Verwaltungsräten des Verbandes entschieden. Es muß demnach angenommen werden, daß den Leistungen des Verbandes die Eigenschaft rechtlicher Versicherungen ein für allemal verfehlt sein soll, und daß alle rechtlichen Verbindungen nur in Unterstützungen angefallen sind, die den Mitgliedern in Aussicht gestellt werden. Die

Witzlicher können beim Nachweis der Voraussetzungen zwar regelmäßig auf Gemäßung rechnen, sie dürfen sie auch fordern, es fehlt ihnen aber die Möglichkeit, sie zu erzwingen, weil ihre Forderungen der Rechtsgrundlage entbehren.

Die statutarischen Bestimmungen, die die Entstehung von Rechtsansprüchen ausschließen, lassen sich auch nicht deswegen beanstanden, weil sie offensichtlich nur zu dem Zwecke geschaffen sind, um sich der staatlichen Aufsicht zu entziehen, denn ein solcher Beweggrund enthält für sich allein noch keine unzulässige Umgehung des Gesetzes. Die betagte Kasse hat nun geltend gemacht, daß der Verband bisher in allen Fällen anstandslos die Unterstützung gewährt habe. Allein aus der allgemein erfolgten Befriedigung kann keineswegs die Anerkennung einer Rechtspflicht gefolgert werden. Nach alledem ist davon auszugehen, daß dem Kläger kein Rechtsanspruch gegen den Verband zusteht.

Was die weitere Frage anbelangt, ob eine anderweitige Versicherung im Sinne des A.B.G. einen solchen Rechtsanspruch zur Voraussetzung macht, so kann nicht bestritten werden, daß durch eine solche Doppelversicherung ein großer wirtschaftlicher Vorteil gegeben ist. Das A.B.G. bezweckt aber, dem Anreiz zur Versicherung und Liebertragung mit Entschiedenheit entgegenzuwirken. Indessen ist es nicht angehtig, bei Doppelversicherung an solche Unterstellungen zu denken, auf die der Versicherer kein Recht hat. Sonst müßte ja jede Unterstützung aus einem Wohltätigkeitsverzei oder einer sonstigen Vereinigung, wo die Bewilligung nur vom Willen des Vereinsvorstandes abhängig ist, ebenfalls in Betracht gezogen werden. Man stellt allerdings das Gesetz so in das Ermessen der Krankenkassen, ob man dem Mißbrauch der Doppelversicherung vorbeugen will. Man überläßt es den Kassen, von ihren Mitgliedern die Anmeldeung einer weiteren Versicherung zu fordern oder nicht. Daraus ergibt sich, daß der Gesetzgeber die finanzielle Benachteiligung, die die Doppelversicherung durch Simulation mit sich bringen kann, für die Krankenkassen nicht so hoch einschätzt. Andersfalls würde er die Doppelversicherung verboten haben. Versichern heißt: Ganz sicher machen. Wenn aber ein Rechtsanspruch nicht besteht, ist die Sache nicht ganz sicher: demnach ist der Generalfund kein Versicherungs- sondern ein Unterstützungsvorzei.

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden sich das Urteil merken. Es wäre nicht das erstmal, daß Ortskrankenkassen den Versuch machen, die Krankenkassen der Gewerkschaften als „unzureichende Versicherung“ zu betrachten und das Krankengeld dementsprechend kürzen. Das Oberverwaltungsgericht hat hier entschieden, daß es unzulässig ist. W. A. J.

Die „proletarische Jugendorganisation“ nimmt seitdem auf dem Münchener Parteitag der Sozialdemokratie vom vorigen Jahre Partei und Gewerkschaften sich zusammengehangen haben, um die sozialdemokratische Jugend im Sinne der „Anschauungsweise der Sozialdemokratie“ zu erziehen, ihren stetigen Fortgang. Die „freien“ Gewerkschaften und deren Mitglieder unterstützen dabei die „proletarische Jugendorganisation“ nach jeder Richtung hin. Eine Ausnahme macht nur der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchverleger und Schriftsteller, der in einer Zeitschrift die „Frage der Jugendorganisation“ behandelt und die Worte der „Erziehung der Jugend im Sinne der Anschauungsweise der Sozialdemokratie“ folgendermaßen bespricht (Nr. 94):

Wollte man nun die Möglichkeit annehmen, daß die Arbeiterjugend „mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt“ werden könnte, daß man es fertig brächte, die „Jugend in der Anschauungsweise der Sozialdemokratie“ zu erziehen, so ist zu fragen, welche einzelne Auffassung über den Sozialismus und das Programm und die Taktik der Sozialdemokratie besteht dann in dieser Partei? Ein Blick in die sozialdemokratische Presse und ihre „wissenschaftlichen“ Organe, in die politischen und tatsächlichen Lebensäußerungen dieser Partei und ihre inneren Kämpfe lehren tagtäglich und zur Genüge, daß nichts weniger als eine einheitliche Verteilung in diesen Dingen besteht. In jedem Blatte dieser Partei, bei jedem ihrer Führer und an jedem Orte hat man darüber die unterschiedlichste Bemerkung, aber nichts weniger als Einheit und noch weniger Einigkeit. Und der größte gibt es so viele in der sozialdemokratischen Partei, die alle das „reine Evangelium“ für sich behaupten, daß man beinahe nicht mehr weiß, was gehalten oder gehalten ist. In diesen Auf und Nieder, in dieses Qual und Theorien und meist perfidialen Kämpfen, in diesem Wirrwarr will man dann Kinder von 14 bis 16 Jahren hineinjagen und erziehen! Was den Resultat einer solchen Jugend-erziehung könnte einem grauen!

Damit hat der „Korrespondent“ nach jeder Richtung hin recht. In einem sind die sozialdemokratischen Jugend-erzieher aller Schattierungen allerdings einig, nämlich in ihrem Haß gegen jeden Gottesglauben und alles, was damit zusammenhängt. Die „proletarische Jugendorganisation“ ist für unsere heranwachsende Jugend eine große Gefahr, die umsover mehr ist, je tiefer sich Partei und Gewerkschaften auf diese Organisation werfen. Damit gewinnt die Beschäftigung mit dem Jugendproblem auf nichtsozialdemokratischer Seite an steigender Dringlichkeit!

Ueberritt einer Zahlstelle des Christl. Arbeiterverbandes zu dem freien Gewerkschaften? Durch die sog. Verträge geht die Partei von dem „Korporativen“ Ueberritt der Zahlstelle Drig-Verlin des deutschen Arbeiterverbandes zum sozialdemokratischen allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein. Eine Erklärung in dieser Richtung besagt, daß die angeblich übergetretenen Mitglieder nicht mehr die Interessen der christlichen Gewerkschaften vertreten könnten, weil die christlichen Gewerkschaftsführer und Abgeordneten, besonders der Abgeord. Behrens zusammen mit den bürgerlichen Parteien gegen das Wohl der Arbeiter auftraten. Die „Erklärung“ hätten 15 Mitglieder unterzeichnet. Die Partei hat sich als eine recht feste Zeitsungente erwiesen, die nun vom „Vorwärts“ herab bis zum kleinsten sog. Mittelblätchen folgerichtig wird. In Wahrheit sind zwei — ganze zwei Mitglieder des Christl. Arbeiter-Verbandes übergetreten, eine Erklärung, die umgekehrt in allen Verufen etwas alltägliches ist. Die ganze Partei und die Umstände, die sie verursachten, hat aber einen ganz realen Hintergrund. — Welche Kreise des sozial. allg. d. G. W. waren über die „uferlose Mißwirtschaft“ ihrer Organisationsleitung“ sehr empört, weshalb eine „außerordentliche Generalversammlung“ am 14. Aug. 1900 unter Aufsicht der „Generalkommission“ außer dem Verband vorzuziehenden, herangebracht „freiwillig“ ging, noch noch weitere zwei Vorkast an demütiglicher hinaus-reformierte; ferner mußte ein Beamtenposten eingezogen und der Beitrag um circa 15 Proz. erhöht werden, um lebensfähig zu bleiben. Um das Nachdenken der eigenen Mitglieder über diese Reform zu verhindern, brauchte man den Fall „Drig“. Der Vorsitzende dieser Zahlstelle erlag der „Verbreitung“ eines mit ihm in derselben Firma angestellten Genossen. Unter Mitwirkung des roten Beamten fertigte man nun obige „Erklärung“ an und suchte auf Umwegen (durch Bierlagen usw.) die Unterschrift der übrigen Mitglieder zu gewinnen.

Das ist ihnen bei 12—14 meist jungen Kollegen, die nichtbühnend ihrem Vorwissen Vertrauen schenken, auch gelungen. Erst einige Tage später erkannten sie den Schwindel und den Jurek der Unterschriften und wollten natürlich von dem sozial. Verband nichts wissen, so daß außer dem Vorwissen nur noch 1 Mitglied übertrat. Die Genossen hatten aber schon vornehmlich die Kunde von dem „Korporativen“ Ueberritt in die Presse langiert und damit für ihre Mitglieder die „nommenenige Sensation zur Ablenkung und gleichzeitig die Offenheit wieder angehen.

Das ist ihnen bei 12—14 meist jungen Kollegen, die nichtbühnend ihrem Vorwissen Vertrauen schenken, auch gelungen. Erst einige Tage später erkannten sie den Schwindel und den Jurek der Unterschriften und wollten natürlich von dem sozial. Verband nichts wissen, so daß außer dem Vorwissen nur noch 1 Mitglied übertrat. Die Genossen hatten aber schon vornehmlich die Kunde von dem „Korporativen“ Ueberritt in die Presse langiert und damit für ihre Mitglieder die „nommenenige Sensation zur Ablenkung und gleichzeitig die Offenheit wieder angehen.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mitglieder! Wahr euch durch punktliche Beitragszahlung eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Geprüft ist Kassen.
Die Wahl des Kassiers Josef Hrad, Mauerstraße 5, zum Kassierer der Zahlstelle Jagen, wird hiermit bestätigt.
Der Zentralvorstand
J. A.: Hornbach.

Südbrentschland.

1. Nach Regensburg sind die schriftlichen Angelegenheiten für die Bezirksleitung an Koll. Gebhardt, Nikolaus Rühlgasse 1128 b II. zu senden.
2. Den Agitationskommissionen zur Notiz, daß für Danauwörth an Stelle des Koll. Weiler, Koll. Wagner, Franz als Bezirksleiter ernannt ist.
3. Die einzelnen Zahlstellen mögen die Einwendung der Quartalarabrechnungen an die Gauleitung, soweit dies noch nicht geschehen, gewissenhaft einhalten.
4. Das an die Bezirksleiter ersandte Zirkular fordert im Interesse unserer Bewegung frische und pünktliche Einhaltungen.

Die Gauleitung.
Josef Wächter Rempten, Immenhaidenstr. 11 190.
NB. Die Bezirksleiter werden nochmals erinnert, die von Kollegen Vobemer-Münchener erhaltene Vorlage berücksichtigen zu wollen.

Nach den Zahlstellen.

Wonn. In Nr. 85 der „Wachbinder-Zeitung“ unternahm es eine „Donner-Ordnung“ des roten Buchbinderverbandes an dem Verort unserer Versammlung vom 20. Juli, in der Zentralvorstand Hornbach anwesend war, Kritik zu üben, um gleichzeitig über die Donner Zahlstellenverwaltung und deren Mitglieder herzufallen. Wir lehnen es ab, auf solche unfruchtbar Auslegungen und Verdrehungen näher einzugehen, können aber dem geistreichen Verfasser verschonern, daß von Kollegen seiner eigenen Richtung ein solches Beisehprodukt nichtbillig muss. Auch nehmen wir davon Abstand, mit gleichen Geschäftigkeiten zu antworten und die lauteeren Charaktereigenschaften, den seinen Tadel dieses Mittels ohne Angst und Tadel in die Öffentlichkeit zu ziehen. Wir bitten ihn nur, stets solche Kritiken loszulassen und sind bereit, die Früchte hierpon einzusammeln.

Vorstand und Mitglieder der Zahlstelle Wonn.
NB. Selbst ein Versuch zur Hebung der teilweise unzureichlichen Lohnverhältnisse, Schritte von christlicher Seite zu unternehmen, wird von sozialdemokratischer Seite gewissermaßen als ein Verbrechen empfunden. Nachdem die „Körnerzeitung“ Herr N. in Wonn mit seiner blutroten Ueberzeugung bisher insbesondere bei älteren Arbeitern kein Glück hatte, so glaubt derselbe dadurch Befriedigung zu finden, daß er andersgearteten Kollegen

Sachen untersteht, die nur bei seiner eigenen Person in Natura zu konstatieren wären. Nicht ein Interesse an der Hebung des Standes, sondern eine Verärgerung über den schwierigen Boden für Partei und sozialdemokratischen Buchbinderverband in Wonn dürfte den Schreiber zu seiner Kritik über unsere Versammlung und unseren Bericht veranlassen haben.

Kendebörs. Sonntag den 22. August hielten mit unsere satzungsmäßige Monatsversammlung. Unser Vorsitzender Kollege Braun eröffnete dieselbe gegen 5 Uhr, begrüßte die Erschienenen und besonders unseren Zentralvorstand Kollegen Hornbach. Erster Punkt der Tagesordnung „Genossenschaftswesen“ wurde von dem Vorsitzenden Kollegen Braun behandelt, eine Beschlusfassung über gemeinschaftlichen Bezug wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Unter Punkt Agitation wurde beschlossen in nächster Zeit alles aufzubieten um die noch zahlreich unorganisierten Papierarbeiter unserem Verbands zuzuführen. Sodann hielt unser Zentralvorstand Kollege Hornbach und einen Vortrag über das Thema: Indifferentismus in den Zahlstellen, an welchen sich eine lebhaft Diskussion angeschlossen, an der sich besonders Kollege Walter, Vogel, Jens, Richter und Braun beteiligten. Im Schlusswort erwähnte er uns treu zur Organisation zu stehen, denn aus Erfahrung wüßten wir ja, welchen Wert dieselbe für die Arbeiter habe. Ferner berührte er noch den VII. Christl. Gewerkschafts-Kongress zu Wien sowie den Bauzug unserer rheinischen Zahlstellen. Nachdem noch unter Berücksichtigung eines Fabrikangelegenheit besprochen, welche bis jetzt aber schon beigelegt, schloß unser Vorsitzender gegen 9 Uhr die Versammlung. Der Besuch der Versammlung läßt eine bessere Beteiligung wünschenswert erscheinen lassen.

Versammlungs-Kalender.

- Versammlungen finden statt:
- Kochen. Jeden 2. Samstag im Monat im Lokale zum Anfang punkt 9 Uhr.
 - Kugelsburg. Samstag, den 18. Sept. im Gasthaus zum Heilten, Lauterbach.
 - Barmen. Jeden 4. Samstag im Monat, im Restaurant Daniels, Schugardstr. 23.
 - Berlin. Montag, den 18. Sept., punkt 8 1/2 Uhr abends im Vereinskaufe Köpenickerstr. 62, Vortag.
 - Meiselsch. Samstag, 18. Sept., bei Debour, Forststr. 24.
 - Wonn. Montag, den 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Langen, Clemens-Auguststr. 6.
 - Donauswörth. Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokale Karl Köhner, Schafes St.
 - Münchener. D. Alle 4 Wochen Sonntagmorgens 11 Uhr bei Klags Schmitz.
 - Düsselbors. Freitag, den 17. Sept., abends 8 1/2 Uhr im St. Paulushaus, Luisenstr. 33—35.
 - Wieselsch. Jeden 3. Samstag im Monat. Abends 8 1/2 Uhr offenes Bildungsbüro, Luisenstraße 45.
 - Wien. Jeden 1. Dienstag im Monat im Wirtshaus, Frankstr. Jeden 1. Dienstag im Monat. Versammlungs-Lokale: „Goldene Junge“.
 - Freiburg. Im Verhinderfall der Christl. Gewerkschaften, Brauerei Ganten, Schiffstraße, alle 14 Tage nach Erscheinen der Zeitung.
 - Wengenbach (Schwarzwalde). Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr im Verbandslokale (Peter).
 - Jagen. Samstag, den 18. Sept., abends 8 1/2 Uhr im Lokale „Gellen“, Kochstr. 72.
 - Hamburg. Alle 14 Tage Samstags Restauration Wolf, Herrensgraben 2.
 - Hofmannsbors. Jeden ersten Sonntag im Monat nachm. 3 Uhr bei Gastwirt Höfgen in Wülsum.
 - Wien. Samstag, den 11. Sept. Versammlung, Gasttrag. Rempten, Mühlstr. Samstag, 11. Sept. im Gasthaus zur Feuers Altstadt.
 - Kendebörs. Jeden 3. Sonntag im Monat abwechselnd in Arzrau und Kendebörs.
 - Münchener. Dienstag, 11. Sept., i. Jägergarten, Jägerstr. 5.
 - Münster i. W. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Th. Weisenböcker, Königl. Anf. 8 Uhr.
 - Münchener. 11. Sept., abends 7 1/2 Uhr im goldenen Schwan, Theresienplatz, Zimmer 3.
 - Fahrbors. Montag, den 20. Sept., abends 8 1/2 Uhr in der Domschenke (Musa).
 - Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jalousienkette.
 - Stuttgart. Jeden zweiten Mittwoch im Monat abends 8 1/2 Uhr im eng. Sandweilshaus, Gerberstr. 2.
 - Würgsbors. Samstag, den 18. Sept.

Unsere lieben Kollegen und Zahlstellenkassierer
Georgisch Wächter
und seiner werten Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Jahresliche Güter.
Unsere lieben Kollegen
J. Abel
zu seinem Eintritt beim Militär ein herzlich
Bedeutend!
Jahresliche Güter.

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik

Ramberg (Wald).

Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Gattun

Bürstenwaren

für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingehenden Aufträgen prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.
Druck: Schirf & Wagener, Köln-Ghrenfeld.